Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO

Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS

Band: 100 (2003)

Heft: 4

Artikel: Migration und die Schweiz : zum Abschluss des Nationalfondsprogramms 39

Autor: Schmid, Walter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-840821

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Migration und die Schweiz

Zum Abschluss des Nationalfondsprogramms 39

Zwar warten die Untersuchungen des Nationalen Forschungsprogramms 39 zum Thema «Migration und interkulturelle Beziehungen» nicht mit sensationellen Ergebnissen auf. Doch einzelne Resultate sind für die Sozialhilfe durchaus wichtig: SKOS-Präsident Walter Schmid skizziert und kommentiert im folgenden Artikel zwei sich abzeichnende Trends im «Langzeitgeschehen» Migration.

Nicht jedes Programm des Nationalfonds stösst auf grosses öffentliches Interesse: Dass es beim Programm mit der Nummer 39 anders sein würde, war anzunehmen. Mit dem Thema «Migration und interkulturelle Beziehungen» wurde ein Problemkreis erforscht, der Politik und Praxis seit Jahren beschäftigt. Dabei glauben wir, wenn es um Ausländerfragen geht, alles schon zu wissen: Wir kennen die Leute, die zu uns kommen, die Probleme, die sie verursachen, und wir wissen, dass wir ohne die AusländerInnen gar nicht auskommen würden. Man stelle sich einmal einen Streiktag vor, an dem keine Ausländerinnen, keine Ausländer zur Arbeit gingen! Busse, Trams und Züge würden uns nicht zur Arbeit bringen. Es gäbe kaum etwas einzukaufen, weil die Läden vielerorts gar nicht geöffnet und jedenfalls die Kassen verschlossen wären. Die Spitäler müssten geräumt werden und so weiter. Das alles wissen wir.

Langfristige Trends

Das Forschungsprogramm 39 hat denn auch keine Sensationen zu Tage gefördert, aber es zeigt uns mit seinen 28 Untersuchungen langfristige Trends auf, die für uns wichtig sind. Meistens wird in der Migrationspolitik kurzfristig argumentiert. Selten hat man die grossen Zeiträume im Auge. In der Regel werden für alle Probleme Sofortmassnahmen gefordert, und alles ist dringlich. Dabei ist gerade das Migrationsgeschehen ausgesprochenes Langzeitgeschehen. Ob Integrationsmassnahmen erfolglos waren oder etwas gebracht haben, lässt sich erst nach Jahren beurteilen. Die Anpassungsprozesse an das Gastland dauern lange, oft über Generationen. Dafür schärfen die vorliegenden Forschungsergebnisse den Blick, weil sie die Migrationspolitik in ihrer Entwicklung über mehrere Jahrzehnte aufzeigen.

Was also lässt sich aus den Resultaten für die Sozialhilfe gewinnen? Eine der Untersuchungen befasst sich mit «Lösungsansätzen für den Umgang mit sozialen Problemen von Ausländern und Ausländerinnen in der Schweiz». Ich halte sie nicht für die Gelungenste, auch wenn die eine oder andere Anregung durchaus bedenkenswert ist.

Wichtig scheinen mir zwei generelle Trends, die aus verschiedenen Untersuchungen hervorgehen:

- Kulturelle Gettos: Zwischen 1990 und dem Jahr 2000 hat sich die räumliche Segregation in den Schweizer Städten verstärkt. Das heisst: Die verschiedenen Bevölkerungsgruppen leben zunehmend getrennt voneinander in unterschiedlichen Vierteln. Die nationale und kulturelle Zugehörigkeit zu einer

Volksgruppe entwickelt sich dabei zum wichtigsten Kriterium für die ungleiche Verteilung der EinwohnerInnen. Die kulturelle Herkunft ist also wichtiger als die soziale Stellung. Wir kennen zwar noch keine eigentlichen Gettos, wie die grossen europäischen Metropolen, aber der Trend geht in diese Richtung. Dabei stellt sich heraus, dass diese Entwicklung in der Deutschschweiz ausgeprägter ist als etwa in Genf, der Stadt mit dem höchsten Anteil an AusländerInnen. Liegt darin vielleicht ein Grund dafür, dass in der Romandie die Diskussion um die Ausländerpolitik weniger virulent verläuft als in der Deutschschweiz?

Wichtige Frage: Bildung

Jedenfalls ist klar, wo der Hebel anzusetzen ist: Die anstehenden Probleme lassen sich nicht einfach mit sozialen Massnahmen angehen. Für eine interkulturelle Politik im städtischen Raum braucht es mehr. Es braucht eine Stadtentwicklungspolitik, welche die einheimische und die zugewanderte Bevölkerung mit einschliesst, die öffentlichen Ämter ebenso wie die Immobilienbesitzer, die verschiedenen interessierten kulturellen Gruppen sowie die sozialen Schichten und Alterskategorien. In einigen Städten sind in dieser Richtung bereits wichtige Anläufe unternommen worden.

- Segregation am Arbeitsplatz: Zunehmende Segregation lässt sich nicht nur im Lebensraum feststellen, sondern auch am Arbeitsplatz. Während die «alten», südeuropäischen Zuwanderer der Gastarbeiterzeit in der Schweiz heute relativ gut etabliert sind, werden die «neuen» EmigrantInnen, etwa aus Ex-Jugoslawien, Asien oder Afrika, ungleich stärker ausgegrenzt. Dies wird deutlich sichtbar beim Lohn, wo auch dann noch eine Diskriminierung besteht, wenn man alle Faktoren wie Ausbildung, Erfahrung und so weiter berücksichtigt und in Abzug bringt. Waren früher die GastarbeiterInnen die Konjunkturpuffer, so nehmen heute die Asylsuchenden diese Rolle ein. Auch stellt man fest, dass die Aufstiegsmöglichkeiten der jeweils ersten Generation von Zuwanderern sehr gering ist. Sie lässt sich ebenfalls nicht nur mit ungenügender Ausbildung oder Erfahrung erklären.

Da zwischen Bildung und wirtschaftlicher Integration ein enger Zusammenhang besteht, erstaunt es nicht, dass die Nachkommen von eingewanderten Frauen und Männern, die hier zur Schule gegangen sind, weniger von beruflicher Segregation betroffen sind. Sie finden Zugang zu den allermeisten Berufsgruppen und fühlen sich nicht besonders benachteiligt. Grosse Bedeutung kommt in der zweiten Generation dem Vorschulalter zu. Hier spielen sich wichtige Entwicklungsschritte ab, die für den späteren Erfolg in der Schule eine Schlüsselrolle spielen. Investitionen in Horte und Krippen sind für diese Kinder wichtig, die sonst keine Möglichkeit haben, Kinder des Herkunftslandes kennen zu lernen.

Kleiner Schritt von der Ab- zur Ausgrenzung

Über die Jahrzehnte verändert sich natürlich nicht nur die Zuwanderung, sondern auch unser Land selber. Heute ist die Schweiz offener als vor vierzig Jahren. Die Integration wird als wichtige

Aufgabe anerkannt. Auch die erleichterte Einbürgerung ist möglicherweise ein mehrheitsfähiges Thema.

Hier ansässige Ausländerinnen und Ausländer sollen weniger Restriktionen ausgesetzt sein und etwa den Arbeitgeber oder den Wohnort ohne bürokratische Hürden wechseln können. Für die Mehrzahl der Ausländerinnen und Ausländer bringen zudem die bilateralen Verträge eine Gleichstellung mit Schweizerinnen und Schweizern, also eine totale Liberalisierung.

Im Gegenzug aber wird die Abgrenzung gegenüber MigrantInnen von ausserhalb der Europäischen Union mit eingeschränktem Bleiberecht verschärft. Von der Abgrenzung führt ein kurzer Weg zur Ausgrenzung. Die Lebenslage dieser Zugewanderten wird eher schwieriger. In der Sozialhilfe dürften wir mit den entsprechenden sozialen Folgen zu rechnen haben.

Walter Schmid, Präsident der SKOS

Der Schlussbericht des NFP 39 ist unter dem Titel «Migration und die Schweiz», Seismo Verlag Zürich, ISBN 3-908239-92-3; www.seismoverlag.ch erhältlich.
***Preis** ca. CHF 65.–.*

Aus Bundespolitik und Sozialversicherung

Migrationsfamilien: Mit der Publikation «Familien und Migration» macht die Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF) aufmerksam auf die vielfältigen Leistungen der Migrationsfamilien (vgl. Rezension Seite 55). Aufgrund ihrer Erkenntnisse ersucht die EKFF die Bundesbehörden unter anderem um eine aktive Informationspolitik: Diese soll die Vielfalt der Lebenslagen der Migrationsfamilien deutlich machen und deren grosse Integrationsleistungen hervorheben und so zu einem besseren Verständnis zwischen In- und AusländerInnen beitragen. Der Forschung empfiehlt die EKFF, der Rolle der Familien im Migrationsprozess eine grössere Beachtung zu schenken. Bezüglich der vom Bund gewährten Finanzhilfen zur Förderung und Unterstützung von Integrationsprojekten wünscht die Kommission, dass mit diesen Geldern auch bestehende Aktivitäten von MigrantInnen-Organisationen unterstützt werden und inskünftige Integrationsprojekten vermehrt die Ressourcen der Migrationsfamilien nutzen. Weiter wird angeregt, die Leistungen der öffentlichen Dienste daraufhin zu überprüfen, ob sie den Bedürfnissen der MigrantInnen entsprechend der spezifischen Lebensphasen genügend Rechnung tragen.

pd Bundesämter/gem